2019/13 Disko

https://www.jungle.world/artikel/2019/13/mit-der-umwelt-fuer-den-fortschritt

Nur die Wirtschaft kann das Klima retten

Mit der Umwelt für den Fortschritt

Von **Stefan Laurin**

Umweltschutzbewegungen stehen im Ruf, links und progressiv zu sein. In Wahrheit sind sie oft klassistisch und elitär. Dabei sollte es doch eher um Wohlstand für alle gehen.

Mit den Kategorien links und rechts sind weder Umweltschutzbewegungen noch ihre Parteien klar zu erfassen. Eine linke, aufgeklärte Umweltpolitik müsste auf technischen Fortschritt und weltweite Wohlstandsvermehrung statt auf Esoterik und Verzichtsethik setzen.

Die politische Linke war nie gegen die Vermehrung des Wohlstands, einzig und allein die Frage, wie er verteilt und erzeugt wird, wurde als Problem angesehen. Jeder soll seine Kinder zur Schule schicken können, eine schöne Wohnung haben, Kultureinrichtungen nutzen und ausreichend sowie gut essen können. Und natürlich haben Menschen im Senegal oder in Vietnam das Recht, nach all den Gütern zu streben, an denen sich die Menschen in den reichen Ländern der Welt erfreuen: Smartphones, Flachbildschirme, Autos und was es sonst noch so alles gibt. Auch den Zugang zu medizinischer Versorgung, guter Bildung und anderen sozialen Dienstleistungen können nur wohlhabende Länder ihren Bürgern garantieren. Diese Leistungen allen verfügbar zu machen, ist eine Kernforderung linker Politik.

Niko Paech, eine der Ikonen der Postwachstumsökonomie und ein Vertreter der Umweltschutzbewegung, sieht das anders. In der Wochenzeitung Die Zeit schrieb Paech: »Kulturen, die an traditionellen, zumal religiösen Maßstäben ausgerichtet sind, verlieren jeden Schutz davor, ihren Modernisierungsrückstand vorgeführt zu bekommen. Der Kulturvergleich, dem in Afrika, Asien und Lateinamerika infolge billiger Smartphones und Flugreisen niemand mehr zu entgehen vermag, pulverisiert stabile Orientierungen. Was vormals sinnstiftend und materiell hinreichend war, wird entwertet und fühlt sich jetzt nur noch vormodern, ärmlich oder gar unmenschlich an.« Während Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest ihrer Bewunderung für genau diese Fähigkeit des Kapitalismus ausdrückten, traditionelle »stabile Orientierungen« zu pulverisieren, singt Paech das Hohelied des Lebens in bescheidener Armut.

Und die soll angesichts der Umweltgefahren, vor allem des Klimawandels, auch in den Gesellschaften des Nordens wiedereingeführt werden. In der Wochenzeitung Der Freitag wurde zu Beginn des Jahres die Einführung einer Ökodiktatur gefordert. In der Zeit schrieb schon vor zwei Jahren der Journalist Sebastian Dalkowski: »Wer sich nicht an die Verbote hält, der wird vor ein Gericht gestellt, genau wie jemand, der Giftmüll im See entsorgt.« In dem Beitrag ging es unter anderem um die Nutzung von Plastikverpackungen. Umweltschutz gerät so zur Pose, soll nicht Probleme lösen, sondern einen Puritanismus befördern und das erledigen, was früher Aufgabe der Kirchen war: den Menschen ein schlechtes Gewissen machen.

Die Idee, dass sich der Mensch zu bescheiden hat, ist alt: Platon glaubte, dass Luxus die Menschen verdirbt, der fanatische Prediger Girolamo Savonarola errichtete in der frühen Neuzeit Scheiterhaufen in Florenz, auf denen Kunstwerke verbrannt wurden. Bescheidenheit war seit jeher eine Forderung repressiver und autoritärer Politik. Eine Umweltschutzbewegung, die Verbote und Wohlstandsverzicht fordert, stellt sich in diese Reihe. Was natürlich nicht bedeutet, dass jede Umweltpolitik rechts und autoritär sein muss. Eine aufgeklärte Umweltpolitik müsste zum Ziel haben, dass die Menschen in Wohlstand leben und verantwortungsvoll mit der Umwelt und den Ressourcen umgehen. An ihrem Anfang müsste ein anderes Bild der Welt stehen: Die Erde ist keine »Mutter«, sondern ein Planet. Wenn bald zehn Milliarden Menschen auf ihr leben, und das hoffentlich besser, als ihre Vorfahren es jemals getan haben, wird das nur gelingen, wenn die Menschen die Erde gestalten, und das mit allen technischen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, mit dem Ziel eines möglichst großen Wohlstandes für möglichst viele Menschen.

Eine reaktionäre Umweltpolitik fordert den Verzicht auf bestimmte Nahrungsmittel, einen geringeren Energieverbrauch oder gar eine Verringerung der Zahl der Menschen – die mit wachsendem Wohlstand ohnehin eintritt.

Eine aufgeklärte Umweltpolitik würde einen anderen Weg gehen: Sie würde darauf achten, für jeden eingesetzten Euro möglichst viel CO2 einzusparen. Das würde, wie der Magdeburger Volkswirtschaftler Joachim Weimann in der *FAZ* vorrechnete, das Ende der sozial ungerechten Umverteilung aus den Taschen der Mieter in die der Grund- und Hausbesitzer bedeuten, die mit ihren Solar- und Windkraftanlagen vom Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) profitieren: Durch den Emissionshandel kostet die Einsparung einer Tonne CO2 fünf bis acht Euro, durch den Einsatz von Photovoltaik jedoch 415 Euro.

Wie das gelingt? Die Europäische Union bestimmt die zugelassene Menge an CO2 und vergibt Zertifikate an Unternehmen, die mit ihnen handeln können. Wer CO2 einspart, kann seine Zertifikate verkaufen. Und die werden immer wertvoller, je weniger Zertifikate ausgegeben werden. Wie sie CO2 einsparen, bleibt Sache der Unternehmen. Subventionen fließen nicht, der Steuerzahler wird nicht zur Kasse gebeten. Es lohnt sich schlicht, weniger CO2 auszustoßen. Ein Prinzip, das auch auf die Automobilindustrie ausgeweitet werden könnte.

Viel Geld stünde so für andere Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung wie einen Ausbau des Nahverkehrs oder den Bau von energiesparenden Sozialwohnungen. Noch mehr Geld

für effektive Klimaschutzmaßnahmen wäre vorhanden, wenn der energie- und landschaftsbelastende Bau von Einfamilienhäusern nicht weiter subventioniert würde.

Da der Klimawandel weder ein nationales noch ein europäisches Problem ist, müssten natürlich auch Mittel in anderen Teilen der Welt eingesetzt werden, die sowohl die Lebensbedingungen der Menschen in den ärmeren Ländern verbessern als auch CO2 einsparen: Solarzellen, Windanlagen, aber auch Gaskraftwerke anstelle alter Kohlekraftwerke. Energieversorgung zu finanzieren, ergibt Sinn.
Wer es ernst meint mit dem Kampf gegen den Klimawandel, kommt auch an Atomenergie und Gentechnik nicht vorbei. Verbesserte Pflanzensorten liefern mehr Nahrungsmittel auf weniger Raum – Platz für die großen CO2-Speicher mit dem Namen »Wald«. Warum sollten Lebensmittel nicht verbrauchernah unter technisch optimierten Bedingungen in mehrstöckigen Fabrikgebäuden industriell hergestellt werden? An der »Idiotie des Landlebens« (Karl Marx) ist nichts schützenswert. Fleisch aus Reaktoren, wie es israelische Unternehmen gerade entwickeln, schont durch den Verzicht auf Herden ebenfalls Naturflächen.

Was für all diese Entwicklungen nötig ist, ist Energie. Und die kann zuverlässig auch mit Atomkraftwerken erzeugt werden. Fusionsreaktoren sind noch ein Versprechen für die Zukunft. Wesentlich sicherere und weniger Abfall erzeugende Thorium-Reaktoren werden zur Zeit in China gebaut. Firmen in den USA und Kanada arbeiten an kleinen, wartungsarmen Thorium-Reaktoren, die auch in Ländern ohne Hightech-Infrastruktur eingesetzt werden könnten.

Entgegen der unsinnigsten und bösartigsten Forderung einer regressiven Umweltbewegung darf Energie nicht teurer werden. Sie muss billiger werden und mehr Menschen zur Verfügung stehen – sofern sie ohne oder mit wenig Emission von CO2 hergestellt wird. Atomenergie, für eine Übergangszeit Gas und, je nach Standort, erneuerbare Energien können sie liefern. Klimaanlagen, Computer, Fahrzeuge – sie alle brauchen Energie, und wenn sie für viele Menschen zugänglich sein sollen, muss diese preiswert sein. Ohne preiswerte Energie werden sich die Lebensumstände von Milliarden Menschen nicht verbessern, wird es kein Wachstum geben.

»Niedriges Wachstum (…) droht die Ungleichheit zu zementieren, und zwar sowohl im Westen als auch zwischen diesem reichen Teil und dem weniger glücklichen Rest der Welt. Zudem erschwert es den Wechsel von schmutzigem zu grünem Wachstum. Länder mit stagnierendem oder langsamem Wirtschaftswachstum ähneln stehenden Fahrzeugen: Sie sind schwerer zu bewegen oder in eine andere Richtung zu lenken als fahrende«, schreibt der Historiker Frank Trentmann in seinem Buch »Herrschaft der Dinge: Die Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute«.

Wer Fortschritt will, muss für Wachstum sein. Ingenieure und Wissenschaftler kennen die Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Pfaffen, auch jene der Ökoreligionen, kennen sie nicht. Ihr Geschäft ist die Angst, nicht das gute Leben.

© Jungle World Verlags GmbH